

ÖKO-LOGISCH

Grüne Guerilla

Von Joachim Wille

Die Städte müssen grüner werden. Die Bewegung der „Guerilla-Gärtner“, die in New York startete, kämpft dafür schon lange. Seit den 1970er Jahren ackert sie gegen Asphaltwüsten, bringt Brachflächen mit „Samenbomben“ zum Blühen, pflanzt Kohlköpfe und Tomaten auf den Seitenstreifen von Straßen. Auch der Aktionskünstler Joseph Beuys gilt als ein Urvater der Be-Grüner. Legendär sein 1982 auf der Documenta in Kassel gestartetes Projekt „Stadtverwaltung“ zur Pflanzung von 7000 Eichen im Stadtgebiet.

Obst und Gemüse statt Rasen

Heute sind es Grün-Guerilleros wie Petrus Akordeon in Berlin oder Wilm Weppelmann in Münster, die mit unkonventionellen Methoden die Natur in die Städte zurückholen.

Was Gärtner-Guerilla, Beuys und Co. schon vor Jahrzehnten propagierten, ist heute umso wichtiger. Mehr Pflanzen und Bäume in den Straßen, auf den Plätzen und in Gärten bedeuten nicht nur bessere Luft, weniger Staub und Balsam fürs Auge. Sie helfen eben auch, die heißen Tage erträglicher zu machen. Deren Zahl hat wegen des Klimawandels bereits deutlich zugenommen, und sie wird in den nächsten Jahrzehnten weiter wachsen. Weitsichtige Stadtplaner haben das auf dem Schirm, und sie können dabei auf die Zustimmung der Stadtmenschen zählen.

Die Guerilla-Gärtner sind dabei nur die Speerspitze der Bewegung. Sie sind subversiv, fragen nicht nach einer Genehmigung, führen machen heimlich „Überraschungspflanzungen“. Ein solcher Grün-Kämpfer zu sein, ist nicht jedermanns Sache, doch der Trend zum Neu-Denken von Grün in der Stadt läuft auch in anderen Formen. Am innovativsten ist hier Andernach am Rhein, die „essbare Stadt“. Hier hatten die öffentlichen Grünflächen wie andernorts auch aus langweiligen Rasenflächen und klassischen Blumenwechselbeeten bestanden, die mit Kunstdünger und Herbiziden „gepflegt“ werden. Inzwischen werden sie für Bio-Gemüse, Obststräucher und Obstbäume genutzt – zur „Selbstbedienung“ für die Bürger. Die Sache ist schmackhaft. Und außerdem auch noch deutlich billiger für die Stadt.

Trotzdem wird es noch ein weiter Weg sein, bis man sagen kann: „Andernach ist überall.“ Vielerorts bleiben Städte und Gemeinden trotz leerer Kassen beim klassischen Grünflächen-Konzept, bei dem Löwenzahn und andere Unkräuter chemisch „weggespritzt“ werden. Dass das nicht sein muss, hat jetzt übrigens eine Tagung beim Umweltbundesamt gezeigt. Löwenzahn und Co. kann man, war da zu erfahren, auch mit Geräten bekommen, die mit Heißwasser oder Bürsten arbeiten. Und dann warb das Amt noch für mehr „Toleranz für Gräser und Wildblumen“. Denn sonst, man ahnt es, kommt doch der Guerillero.



Im Bergwerk in Jaworzno reichen die Reserven bis 2064 – und gerade wird ein neuer Schacht gebaut.

B. VON BRACKEL

Polen auf dem Kohleweg

Das Land stemmt sich gegen eine Energiewende, doch langsam wächst die Einsicht

Von Benjamin von Brackel

Am Eingang des Steinkohlebergwerks in Bytom (Beuthen), dem letzten von ehemals sieben in der südpolnischen Stadt, bläst der kühle Wind die Gewerkschaftsflaggen auf. Es riecht nach verbrannten Kartoffeln, die typische Kohleluft. In einem der Ziegelgebäude sitzt Jarosław Grzesik, Chef der Gewerkschaft Solidarność im Bergwerk. Der 51-Jährige hatte im Fernsehen von den Plänen der Regierung erfahren, vier Steinkohlekraftwerke dichtzumachen. Unter anderem seines. Für ihn war klar: Das würde er nicht hinnehmen.

Seit 1983 arbeitet Grzesik im Haus Nummer 76 in der Ulica Konstytucji, der Verfassungsstraße. Elf Mal hat sein Arbeitgeber gewechselt, zuletzt Ende April. Aber das Sagen hatte nach 1990 fast immer die Solidarność. Ein Großteil der knapp 3000 Kumpel zog im Januar mit Bergleuten und Kommunalpolitikern aus Gliwice, Zabrze und anderen Städten durch Bytom. Bergmannsorchester spielten, eine Frau verteilte Erbsensuppe, ein Junge hielt ein Schild mit der Aufschrift: „Wenn der Vater arbeitet, wird uns das Brot nicht fehlen.“ Elf Tage lang bestreikten sie ihre Minen, um die polnische Regierung in die Knie zu zwingen.

Grzesik wirft der Regierung vor, keinen Plan für die Zukunft der Kohle zu haben. Die Hauptschuldigen sieht er aber in den Brüsseler Bürokraten und ihren Klimavorgaben. Grzesik spricht nur von der „sogenannten Klimapolitik“. Der Großteil des Kohlendioxids sei ja natürlichen Ursprungs, sagt er, was bringe es da, der polnischen Kohleindustrie zu schaden. „Ich bitte Sie, wenn Sie so das Klima retten wollen, kann ich Ihnen auch nicht mehr helfen.“

Seit Jahren bremst Polen wie kein zweites Land in Europa beim

Klimaschutz. Ob bei der Reparatur des Emissionshandels oder den EU-Klimazielen: Polen hat dafür gesorgt, dass die Reformen später kommen oder abgeschwächt wurden. Als sich die EU im Vorjahr eher symbolisch dazu bekennen wollte, bis 2100 aus der Kohle auszusteigen, lehnte Polens damaliger Ministerpräsident Donald Tusk ab.

Tusk ist heute Ratspräsident der EU. Im Dezember auf dem Pariser Klimagipfel, auf dem sich erstmals alle Länder zum Klimaschutz verpflichten sollen, tritt Europa geschwächt an. Auch bei der Frage, wann die Reformen kommen, um den Emissionshandel wieder in Gang zu bringen, wollte Polen auf die Bremse treten. Dieses Mal allerdings konnte sich das Kohleland nicht durchsetzen.

Während Deutschland seit den 1970er Jahren die Kohlezechen im Rheinland stilllegte und nun auch versucht, bei den ältesten Kraftwerken anzusetzen, stemmt sich Polen noch immer gegen den Wandel. 25 Jahre nach der politischen Wende deckt das Land fast 90 Prozent seines Strombedarfs mit Kohle. Im oberschlesischen Kohlezentrum arbeiten noch immer etwa 100 000 Menschen. Im vergangenen Herbst versprach Tusk, es werde keinen weiteren Abbau der Kohlejobs geben.

Neues Gesetz für Ökoenergien

Doch Polen scheint langsam zu erkennen, dass es den Wandel nicht ewig aufhalten kann. Das liegt auch an Grzegorz Wiśniewski. Der Leiter des Instituts für Erneuerbare Energien steht im Technologiezentrum in Katowice, einem mit Solarmodulen bepflasterten Bau, dessen Lamellenfassaden sich nach dem Sonnenstand ausrichten und das im Keller sechs Wärmepumpen stehen hat. Schon 1998 stand er im polnischen Parlament, dem Sejm,

und forderte ein Fördergesetz für Ökoenergien. Das hat das Parlament nun beschlossen, als eines der letzten in Europa. Im April trat das Gesetz in Kraft, die Förderung gilt ab 2016. Kleinere Anlagen wie Solarmodule auf Dächern werden dann mit festen Sätzen über 15 Jahre vergütet, größere über Ausschreibungen. „Wir haben als 15 Jahre darauf gewartet“, sagt Wiśniewski.

Für ihn ist es erst ein Anfang. Denn noch unternehme die Regierung nur das Nötigste, um die Vorgaben aus Brüssel zu erfüllen. Bis 2020 will Polen 15 Prozent seines Energiemixes mit Ökoenergien decken. Derzeit sind es elf Prozent – vor allem Biomasse, die zusammen mit Kohle verbrannt wird. „Das sind Innovationen made in Poland“, witzelt Wiśniewski. Noch weigert sich der polnische Wirtschaftsminister, das Ökoenergie-Gesetz überhaupt umzusetzen. Und noch gibt es Bergwerke, wie das in Jaworzno südöstlich der regionalen Hauptstadt Katowice, wo die Reserven bis 2064 reichen und gerade ein neuer Schacht gebaut wird, um das Leben der Mine um weitere 50 Jahre zu verlängern.

Doch immer stärker rücken Gesundheitsprobleme durch die Kohleverbrennung in den Vordergrund. Erforscht wird der Gehalt der Kohle zwar schon seit 60 Jahren, etwa im Institut für chemische Kohleverarbeitung in Zabrze, auf dem Gelände einer ehemaligen Kokerei der Borsigwerke. „Wir können jetzt nur präzise bestimmen, was die Menschen in der Stadt vergiftet“, erklärt eine Mitarbeiterin.

Die polnische Kohle, das hat ihr Institut herausgefunden, hat einen besonders hohen Quecksilberanteil. Durch die Luft kann das giftige Metall hunderte Kilometer treiben und über den Regen und den Boden und die Flüsse in die Nahrung gelangen;

schon durch geringe Konzentrationen können Kinder chronische Nervenleiden bekommen. Die Regierung arbeitet nun an der Einführung von Grenzwerten.

Bergbau lohnt nicht mehr

Das größte Problem für den Kohlebergbau in Polen ist aber ein anderes: Er lohnt sich nicht mehr. Die meisten der Steinkohlebergwerke in Oberschlesien schreiben rote Zahlen. Europas größter Bergbaukonzern Kompania Węglowa kämpft gegen den Bankrott an: Allein zwischen Januar und November vergangenen Jahres machte das Unternehmen 93 Millionen Euro Verlust. Die Weltmarktpreise für Steinkohle sinken seit drei Jahren und die heimische Kohle, die tief in der Erde lagert, kann nicht mit der billigen Importkohle aus Russland mithalten. Die macht 70 Prozent der insgesamt elf Millionen Tonnen Kohleimporte aus. Energieautonomie sieht anders aus.

Solidarność-Mann Grzesik konnte zwar verhindern, dass sein Bergwerk zumacht. Aber der Sieg war teuer erkauft: Von den noch 2700 Bergleuten im Werk müssen über 700 gehen, unrentable Flächen werden stillgelegt. Ein Atemholen: Mit einer Strukturreform ist erst nach den Wahlen im Herbst zu rechnen. Nun müsse die Regierung auf die Kohleleute zugehen, sagt Grzesik, so wie seit Jahren. Der Staat habe schließlich Milliarden am Bergbau verdient. Bei einer Frage aber stutzt er: Ob er der letzte Bergmann in seiner Familie sein werde? Er hält kurz inne. Dann nickt er. „Ich bin der letzte“, sagt er. „Und das wird so bleiben.“

Benjamin von Brackel ist Redakteur beim Onlinemagazin klimaretter.info, mit dem die Frankfurter Rundschau in einer Kooperation die Berichterstattung zu Klima und Umwelt intensiviert.